



Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
23.03.11

Bürger und Stadtpolitik aktiv zusammenbringen – RIS goes Wiki

Der Stadtrat möge beschließen:

Im Rahmen des MOGDY-Projekts (www.muenchen.de/mogdy) ist ein Teil-Projekt (Arbeitsbezeichnung: RIS-Wiki) aufzusetzen, bei der unter Aufsicht der Stadt München das Ratsinformationssystem RIS um eine Wiki-Komponente ergänzt wird.

Mit dieser Wiki-Komponente soll es jedermann nach Registrierung möglich sein, analog zu dem Erfolgsmodell Wikipedia stadtpolitische Themen auf der Basis von Stadtratsbeschlüssen zusammenhängend darzustellen. Dabei kann ein Thema von mehreren Autoren (m/w) bearbeitet werden. Ein (städtisches) Moderatorenteam wacht über die Qualität und Einhaltung der Netiquette sowie der Ausgewogenheit.

Ziel dieses Projektes muss es also sein, stadtpolitisch relevante Themen und Projekte im Zusammenhang und nicht nur als zufall-geprägte Suchergebnisliste zu dokumentieren, mit einem minimalen Einsatz hauptamtlicher städtischer Kräfte.

Begründung:

Die Stadtpolitik wird von der Stadt München überwiegend auf zwei Weisen im Internet dargestellt: einmal das stark formalisierte Ratsinformationssystem RIS mit dem Bereich „Beschlusswesen inkl. Stadtratsanträge und Stadtratsanfragen. Zum andern die so genannte Rathaussäule in www.muenchen.de. Dazu kommen noch städtische Spezialportale.

Das RIS hat eine klare Funktionalität, allerdings ist es strukturell nicht geeignet, sich einen konzentrierten Überblick über ein bestimmtes Thema zu verschaffen. Gibt man z. B. In die Volltextsuche den Begriff „Grüne Welle“ ein, so bekommt man ein Sammelurium an Stadtratsbeschlüssen, Stadtrats- und BA-Anträgen, Bürgerversammlungsempfehlungen – aber keinen abgestimmten Überblick zum Thema „Grüne Wellen in München“. Man sieht manchmal buchstäblich vor lauter (Treffer-)Bäumen den (Themen-)Wald nicht.

Die Rathausssäule weist neben vielen Service-Infos und zarten eGovernment-Möglichkeiten auch etliche Artikel auf, die kommunalpolitisch interessante Fragestellungen behandeln. Als besonders gelungenes Beispiel sind die Ausführungen im Bereich der „Verkehrssteuerung“ des KVRs etwa zur Grünen Welle in München oder zur Funktionsweise der ÖPNV-Beschleunigung zu nennen /1/. Hier wird erfolgreich versucht, fachliche Sachverhalte auch für Laien verständlich textlich und grafisch aufzubereiten und zu erläutern. Genau das passiert ja in Lexika auch schon seit jeher.

Allein, diese Infos zu liefern und aufzubereiten ist personalaufwändig und kann daher in der eigentlich angesagten Themen-Breite von der Stadt mit hauptamtlichen Kräften schon aus finanziellen Gründen auch nicht ansatzweise geleistet werden.

Mit dem vorgeschlagenen MOGDY-Projekt „RIS-Wiki“ wird dagegen ein zeitgemäßer und wirtschaftlich gangbarer Weg aufgemacht, die Qualität und Quantität der Dokumentation der Stadtpolitik im Netz durch Freiwilligenarbeit kontinuierlich zu verbessern und München eine Vorreiterrolle zu verschaffen. E-Partizipation heißt in diesem Fall auch, private Zeit für die Stadt aufzubringen – mit einem sichtbaren Ergebnis. Bei Wikipedia und den vielen privaten Wiki-Projekten funktioniert das – auch im Intranet der Stadt gibt es ein Wiki-Projekt., in das sich die städtischen Mitarbeiter/-innen einbringen können.

Dieses Projekt eignet sich strukturell auch sehr gut für die Beteiligung von Schülern und Jugendlichen.

gez.

Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Quellen

/1/: <http://www.muenchen.de/Rathaus/kvr/strverkehr/verkehrssteuerung/189579/index.html> .

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Nikolaus Gradl
Stadtrat
Christian Amlong
Stadtrat
Bettina Messinger
Stadträtin
Haimo Liebich
Stadtrat

München, 01.06.2011

München digital (II): Die Stadt bietet offene Daten

Antrag:

Die Stadt München wird in Zukunft Daten, die nicht vertraulich oder unter fremden Urheberrecht stehen, als maschinenlesbare, offene Daten anbieten. Darunter fallen z.B. die Daten des städtischen Haushalts, Adressverzeichnisse städtischer Einrichtungen, Antragsdaten oder Beschlüsse des Ratsinformationssystems (RIS) und andere öffentliche Informationen von Belang.

Begründung:

Die Stadt München war im Frühjahr 2011 Gastgeber der MOGDy (Munich Open Government Days) Konferenz. Wenn man sich die 164 eingereichten Ideen und Vorschläge durchliest, dann fällt auf, dass die mit öffentlichen Geldern erstellten Daten der Stadt oftmals schwer auswertbar (also nicht maschinenlesbar) sind. Dies gilt z.B. für Haushaltsdaten als PDF oder Adresslisten in Datenbanken, die nicht öffentlich zugänglich sind.

Es wäre aber im Interesse der Stadt, wenn Bürger diese Daten, z.B. durch sogenannte Mash-Ups auf andere Art und Weise visualisieren oder zugänglich machen können, wie im Rahmen des app4cities Konzept geschehen. Es werden daher die Daten des städt. Haushalts, RIS Daten und öffentliche Adresslisten einzelner Referate in Zukunft in einem offenen Standard (z.B. XML oder CSV) angeboten.

gez.
Nikolaus Gradl
Stadtrat

Christian Amlong
Stadtrat

Bettina Messinger
Stadtrat

Haimo Liebich
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus



München, 07.06.2011

Antrag

Open Government 2: Bürgerbeteiligung durch interaktive Partizipations- und Konsultationsformen wie Diskussionsforen und Ideenwettbewerbe stärken

Das Direktorium wird gebeten, in Absprache mit den Fachreferaten ein Konzept zu entwickeln, durch dessen Umsetzung in der Stadt München interaktive Partizipations- und Konsultationsformen wie Diskussionsforen und –Ideenwettbewerbe den Bürgerinnen und Bürgern als Plattform der Beteiligung verstärkt zur Verfügung gestellt werden.

Dabei sollten besonders die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation genutzt werden, welche es ermöglichen, dass Menschen asynchron (ohne zur gleichen Zeit am gleichen Ort sein zu müssen) und niederschwellig kommunizieren können.

Beispiele könnten sein:

- eine kontinuierliche bzw. periodisch wiederholte Weiterführung der MOGDy- Ideenplattform (Munich Open Government Day)
- Online- Diskussionsmöglichkeiten im Vorfeld von Bürgerversammlungen (für die auf der Einladung für die Bürgerversammlung geworben werden könnte)
- Diskussionforen bei Planungsprozessen und Bauvorhaben
- Ideenwettbewerbe zu bürgerfreundlichem und effizientem Verwaltungshandeln sowie Verwaltungsvereinfachung

Über die verschiedenen interaktive Angebote könnte dann auf einer prominent platzierten zentralen Seite auf muenchen.de/rathaus informiert werden.

Als Verfahrensmodus könnte z.B. bei Vorschlagsforen so vorgegangen werden, dass eine (städtische oder ehrenamtliche) Online- Moderation Vorschläge bündelt und dann für ein Voting vorbereitet. Ergänzend wären auch Offline- Diskussionsangebote sinnvoll. Die am häufigsten unterstützten Vorschläge würden dann in den städtischen Entscheidungsprozess einfließen, wobei es entscheidend ist, dass es verbindliche und allgemein auf einer Internet- Plattform kommunizierte Rückmeldungen über die Behandlung dieser Anregungen gibt.

Begründung:

Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sind in einer Demokratie die Voraussetzungen politischer Legitimation. Nicht erst seit der Debatte um Stuttgart 21 werden Wege der Bürgerbeteiligung ergänzend und unterstützend zu den Formen repräsentativer Demokratie intensiv diskutiert. Gerade Verfahren, die sich auch der Möglichkeit des Internets im Sinne von Partizipation durch Open Government bedienen, können der Demokratie im 21. Jahrhundert neue Wege öffnen.

Laut der neuesten Bürgerumfrage der Landeshauptstadt München¹ haben inzwischen 80 % der Bürgerinnen und Bürger einen Computer mit Internetanschluss (20 % mehr als 2005). 83,1 % der Befragten ist es persönlich wichtig, „an Entscheidungen mitzuwirken, soweit diese die Belange der Stadt München betreffen“ (gegenüber 79 % im Jahre 2005).

Als Beteiligungsformen, bei denen die Chance der Einflussnahme als hoch eingeschätzt werden, haben zwischen 2007 und 2010 „Ideenwettbewerbe“ (von 38,3 % auf 48,5 %) und „Online-Foren“ (von 21,2 % auf 27,3 %) an Bedeutung gewonnen.

Letzteres – obwohl diese Formen im Angebot der Landeshauptstadt München noch sehr selten sind. So heißt es in der Beschlussvorlage zur Open-Government-Roadmap: „Interaktive und bidirektionale Webanwendungen wie Foren sind jedoch noch nicht vorhanden“².

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:
Dr. Florian Roth
Stadtrat

1 Siehe: <http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/2291698.pdf>

2 Siehe: <http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/2011639.pdf>
Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233- 92620, Fax 089/233- 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus



München, 07.06.2011

Antrag

Open Government 3: Offener Datenkatalog für München

Das Direktorium wird gebeten, in Absprache mit den Fachreferaten ein Open-Government- Data- Konzept für die Landeshauptstadt München zu entwickeln mit dem Ziel, sukzessive in einem Offenen Datenkatalog¹ (als zentraler Ort im Internetauftritt der Landeshauptstadt München) alle Datenbestände der Landeshauptstadt München, die von öffentlichem Interesse sind oder sein können und nicht dem Datenschutz oder besonderen Sicherheitskriterien unterliegen, im Internet zu veröffentlichen und der maschinellen Verarbeitung zugänglich zu machen, wobei Datenaufbereitung und -bereitstellung in München nach folgenden Prinzipien organisiert werden sollten²:

1. Bereitstellung von offenen Verwaltungsdaten (außer dem Datenschutz und der Sicherheit unterliegenden Daten) für jede/n (Bürger/innen, Unternehmen, Medien, Verwaltung, etc.) zur Information und zunehmenden Transparenz in der Stadt, die eine Kombination und Integration mit Daten aus anderen Quellen erlauben.
2. Verständigung auf einheitliche und einfache, auf der Open Definition³ basierende Lizenz- und Nutzungsbestimmungen, die eine Weiterverarbeitung, Weiterverwendung und Weiterverbreitung der Daten der Landeshauptstadt München durch jede/n und für jegliche Zwecke, auch kommerzielle, befördern. Minimale Kosten sollten nur in Ausnahmefällen (beispielsweise für die technische Bereitstellung) erhoben werden.
3. Stabile und langfristige Bereitstellung der Daten in offenen, maschinenlesbaren, wohl definierten und dokumentierten Formaten und Datenkatalogen über ein zentrales und benutzerfreundliches Offenes Datenportal München (Offener Datenkatalog).
4. Sicherung einer optimalen Kompatibilität und Integrierbarkeit mit offenen Daten anderer Angebote durch Verwendung internationaler Standards, beispielsweise von W3C, ISO, CEN, etc.

1 Analog zu den Open Government Data der Stadt Wien: www.data.wien.gv.at

2 Diese Prinzipien orientieren sich an der Berliner Open Data Agenda, die dort von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik entwickelt worden – siehe: <http://berlin.opendataday.de/agenda/>

3 Siehe u.a.: <http://www.opendefinition.org/okd/deutsch/>

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233- 92620, Fax 089/233- 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

5. Qualitätssicherung der Daten und ggfs. der weiterverarbeiteten Daten und Bewertbarkeit der Datenqualität mittels nachvollziehbarer Quellen, Aktualität, Korrektheit, Präzision und Weiterverarbeitungsschritte.
6. Benennung von Ansprechpartner/innen zu den verschiedenen Daten der Stadt und Bereitstellung von Diensten und Werkzeugen für eine praktikable, effiziente und barrierefreie Nutzung der Daten durch eine breite Öffentlichkeit.

Zu diesen Datenbeständen zählen beispielweise folgende Informationen (die häufig schon im Internet veröffentlicht sind, aber meist nicht nach den oben genannten Prinzipien der Veröffentlichung und nicht an zentraler, leicht auffindbarer Stelle):

- Umweltdaten (Feinstaub, CO₂, Pollen)
- ÖPNV (Verspätungen, Zugausfälle, Sonderfahrten)
- Stadtplanung (Flächennutzungsplan, Bauvorhaben, Verkehr)
- Wohnen (Wohngeld, Mietspiegel, Immobilien, Grundstückspreise)
- Gesundheit (Krankenhäuser, Apotheken, Notdienst, Beratungsstellen)
- Bevölkerung (regionale Verteilung, Demografie)
- Verkehr (Baustellen, Staus, Sperrungen)
- Infrastruktur (Radwege, Toiletten, Briefkästen)
- Entsorgung (Termine in meiner Straße, Recyclinghöfe, Containerstandorte, Sondermüll)
- Märkte (Wochen-, Floh- und Weihnachtsmärkte)
- Veranstaltungen (Straßen- und Nachbarschaftsfeste, Konzerte, Sportereignisse)
- Kontrollen (Badegewässer, Lebensmittel, Gaststätten, Preise)
- Verwaltung (Formulare, Zuständigkeiten, Ämter, Öffnungszeiten)
- Recht (Vorschriften, Satzungen, Beratung, Schlichtungsstellen, Gutachter/innen)
- Informationsfreiheit (alle Auskünfte der Landeshauptstadt München, die auf Grundlage der Informationsfreiheitsgesetz erteilt wurden)

Begründung:

Informationen sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Der offene und strukturierte Zugang zu frei verfügbaren Datenbeständen der öffentlichen Hand ist ein wichtiger Beitrag für die Weiterentwicklung der Wissensgesellschaft. Er stärkt das Vertrauen zwischen Politik und Zivilgesellschaft, zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Medien, weil er staatliches Handeln transparent, nachvollziehbar und damit überprüfbar macht. Gleichzeitig birgt die Öffnung Potentiale für effizienteres Handeln der Verwaltung.

Um die Potentiale frei verfügbarer Datenbestände der Münchner öffentlichen Hand schöpfen zu können (z.B. zur Entwicklung nützlicher Softwareprogramm, sog. apps4democracy), sind die bestehenden Möglichkeiten zur Bereitstellung von offenen Daten zu überprüfen und

gegebenenfalls relevante organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen anzupassen bzw. zu schaffen.

Die Zustimmung für eine solche Öffnung ist groß. Laut einer Forsa-Umfrage⁴ aus dem Jahre 2010 begrüßen 88% der Bürgerinnen und Bürger die Veröffentlichung von Regierungs- und Behördendaten, 81% meinen, dass dies die Bürgerbeteiligung erhöht, 76% glauben an eine Effizienzsteigerung der Verwaltung dadurch und nur 16% sehen Datenschutzprobleme.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth (Stadtrat)

4 Siehe: <http://www.sas.com/offices/europe/germany/press/pm100824.html>
Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233- 92620, Fax 089/233- 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus



München, 07.06.2011

Antrag

Open Government 4: Resultate des Munich Open Government Day (MOGDy – Tag der offenen Verwaltung) darstellen und Konsequenzen daraus ziehen

Die Verwaltung soll dem Stadtrat über die Resultate des Munich Open Government Day (MOGDy)¹ informieren und davon ausgehend:

- Vorschläge zur Weiterführung dieses sehr erfolgreichen Prozesses der Bürgerbeteiligung zu Fragen des digitalen München machen (nach bisherigen Planungen soll MOGDy im Sommer enden);
- die Verwirklichungsmöglichkeiten der zehn Vorschläge mit der höchsten Zustimmungsrate auf der Ideenplattform darstellen;
- die Entwicklungsmöglichkeiten der im Programmierwettbewerb favorisierten und prämierten Apps (Anwendungen im Sinne von Software-Programmen insbesondere für Smartphones) beleuchten.

Begründung:

Der Münchner Tag der Offenen Verwaltung (MOGDy) war mehr als ein Tag, vielmehr ein kontinuierlicher, sehr erfolgreicher Prozess, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die Internet- Community, sowie Stadtverwaltung und Politik mit Möglichkeiten des Digitalen München auseinander gesetzt hat. Viele Vorschläge für nützliche Dienstleistungen wurden auf einer Internetplattform formuliert, diskutiert und bewertet. Hier sei nur eine Auswahl der am höchsten bewerteten Vorschläge genannt:

- Fixmystreet für München (Anwendung, um Probleme mit der kommunalen Infrastruktur online zu melden)
- Geodaten freigeben (diese Daten sollen „maschinenlesbar“ sein, damit man sie als Grundlage zur Entwicklung von Anwendungen/Apps nutzen kann)
- Freies City- WLAN an ausgesuchten Orten
- Informationsfreiheitssatzung für München

¹ Siehe: <http://www.muenchen.de/mogdy> bzw. <http://mogdy.liqd.net>
Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233- 92620, Fax 089/233- 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@munichen.de

- Publikation zur freien Weiterverwendung lizensieren.
- Cacert4München (offenes System mit dem BürgerInnen über einen sicheren Kanal mit der Stadtverwaltern kommunizieren und sich ebenso authentifizieren können)
- Stadtratssitzungen live im Web
- Onlinebörse für Freiwilligendienste
- Umstellung des Radroutenplaners auf OpenStreetMap
 - MOGDy kontinuierlich fortführen- Roadmap.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung (sozusagen dem MOGDy im engeren Sinne) wurde dann der Startschuss für einen inzwischen abgeschlossenen Programmierwettbewerb für nützliche Apps gegeben.

Daran hat sich ein enge Kooperation – sowohl online als auch offline (bei verschiedenen Treffen) – zwischen Verwaltung und Internet- Community ergeben, welche im Sinn von Open Government (mit den Elementen Transparenz, Kooperation und Partizipation) neue Möglichkeiten aufzeigt. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, sich darüber Gedanken zu machen, wie mit den bisherigen Resultaten (Ideen, Apps, Kooperationsformen) weiter umgegangen wird und wie sich dieser Prozess auf Dauer stellen lässt.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth

Stadtrat

**SPD -Fraktion
Fraktion**

Die Grünen/RL -Fraktion

CSU -Fraktion

FDP -

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Haimo Liebich
Irene Schmitt
Dr. Florian Roth
Robert Brannekämper
Tobias Weiß
Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Stadtratsmitglieder

München, 30.11.2011

Von Tallinn lernen: München setzt Zeichen in eGovernment und oGovernment

Antrag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Federführung des Direktoriums Ziele zu definieren, Maßnahmen zu planen und Ergebnisse festzulegen um mit Hilfe von Electronic Government und Open Government Verwaltungsprozesse und politisches Handeln durchgängig, schlank, effektiv, effizient und zeitgemäß zu gestalten.
2. Um Synergien zu nutzen, sollen bei der Umsetzung der Maßnahmen vorhandene Infrastrukturen von Bund und Ländern verwendet werden, insbesondere der neue Personalausweis zur Identifikation und bestehende Standards und Plattformen.
Dies bedeutet insbesondere die Verwendung verfügbarer Lösungen anstatt Eigenentwicklungen, wobei ein sicherer und wirtschaftlicher Betrieb der Lösungen sichergestellt sein muss.
3. Alle laufenden und neuen Projekte werden mit den eGovernment und oGovernment-Aktivitäten synchronisiert und inhaltlich abgestimmt; die IT-Strategie der LHM ist dabei zu berücksichtigen. Dafür wird ein professionelles Multiprojektmanagement aufgebaut, das sämtliche referatsübergreifenden Projekte zeitlich und inhaltlich untereinander abstimmt.

Begründung:

In Estland und seiner Hauptstadt Tallinn konnte sich der Stadtrat eindrucksvoll davon überzeugen, wie moderne digitale Verwaltung und Regierung gestaltet werden kann. Will München weiterhin seinem Ruf als führende IT-Stadt in Deutschland gerecht werden, muss dies auch in den Verwaltungsprozessen und im politischen Handeln der LHM umgesetzt werden.

Die positive Resonanz auf die oGovernment-Initiative der Landeshauptstadt München (Projekt MOGDy) und der Stadtratsbeschluss zur Erstellung einer eGovernment-Strategie & -Roadmap (Sommer 2010) sind erste richtige und wichtige Schritte. Das Potenzial, Verwaltungsprozesse mit IT-Unterstützung durchgängig, schlank, effizient und modern umzusetzen, ist aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft.
eGovernment und oGovernment werden ihre Wirkung insbesondere entfalten durch

verstärkte Bürgerorientierung durch Online-Verwaltungsdienste sowie Dienste zur Bürgerbeteiligung: „Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger.“
durchgängigere, effizientere und schlankere Geschäftsprozesse über Organisationsgrenzen hinweg sowie Abbau von Medienbrüchen durch verbesserte IT-Unterstützung.

Reduzierung doppelter Datenhaltung, klare Festlegung von Daten-Eigentümerschaft und Lizenzierungen.

aktive Nutzung von oGovernment durch die Politik und Einbindung der Community sowie der Nutzung von Open Data.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass für sämtliche Aktivitäten eine Balance im Kräfterdreieck aus Bürgerorientierung, Verwaltungsmodernisierung und Wirtschaftlichkeit gefunden werden muss. Er erwartet deswegen Vorschläge mit einer ausgewogenen Berücksichtigung aller drei Aspekte. Nur dann wird der hohen Dynamik auf diesem Gebiet geeignet Rechnung getragen.

Die bereits zu eGovernment und oGovernment vorliegenden Stadtratsanträge und -anfragen werden zusammen mit diesem Antrag aufgegriffen und im Rahmen des eGovernment-Strategie & -Roadmap Projekts behandelt. Der Beschluss wird dem Stadtrat spätestens im Sommer 2012 zur Entscheidung vorgelegt.

Anlage: Begriffserläuterungen

- **Electronic Government (eGovernment)** ist der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in öffentlichen Verwaltungen in Verbindung mit organisatorischen Änderungen, um öffentliche Dienste zu verbessern und die Gestaltung und Durchführung staatlicher Politik zu erleichtern. (EU-Definition).
Beispiel: KFZ an-, ab-, ummelden per Internet.
- **Open Government (oGovernment)** steht für die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung. Ziele sind mehr Transparenz, Innovationstransfer, mehr politische Teilhabe und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Politik. Im angelsächsischen Sprachraum hat sich für diese Entwicklung, die besonders von den Web 2.0-Technologien geprägt wird, die Bezeichnung „Open Government“ durchgesetzt.
Beispiel: Meldung von Straßenschäden samt Photo per Smartphone.
- **Open Data** ist eine schon häufig erprobte Lösung des oGovernment: Nicht-personengebundene Informationen, die von der öffentlicher Hand erhoben wurden, werden den Bürgern zur freien Verfügung gestellt. Häufig entwickeln Bürger (die „Community“) zu diesen Daten nützliche Programme (Internet-Anwendungen, Apps für Smartphones).
Beispiel: Geo-Daten mit Smartphone-App zum Herausfinden des nächsten U-Bahnhofs.
- **MOGDy** steht für Munich Open Government Day. MOGDy hat als strategisches Pilotprojekt folgende Ziele des oGovernment verfolgt:
 - Offene, kollaborative Möglichkeiten der digitalen Bürgerbeteiligung (ePartizipation): Die Münchner Bevölkerung konnte in einem Online-Beteiligungsprozess ihre Wünsche, Ideen, Erwartungen an das «Digitale München» der Zukunft einbringen.
 - Digitaler Mehrwert für den Bürger: Für städtische Daten (ein rudimentäres Datenportal findet sich unter www.muenchen.de/opendata) wurden durch die Entwicklungsgemeinde („Community“) in einem Wettbewerb erste Prototypen für Applikationen (Apps für Handy etc.) entwickelt.
- **Multiprojektmanagement** ist die gleichzeitige, übergreifende Planung, Steuerung und Überwachung mehrerer (untereinander abhängiger) Projekte eines ganzen Projektportfolios. Unter Projektportfolio wird eine Menge von Projekten verstanden, die gemeinsam koordiniert werden, um dadurch für eine Organisation einen größeren Nutzen zu stiften, als wenn man diese Projekte unabhängig voneinander betrachten würde. Typische Schwerpunkte sind: Das rechtzeitige Erkennen und Vermeiden von (Personal-) Ressourcen-Konflikten sowie das Managen von gegenseitigen (organisatorischen, fachlichen, technischen) Abhängigkeiten.
- Eine **Roadmap** (englisch road map für „Straßenkarte“, „Routenplan“, „Fahrplan“) ist ein langfristiger Vorgehensplan, der wesentliche Handlungsstränge, Meilensteine und Ergebnisse enthält. Eine Roadmap kann Handlungsalternativen und ihre Konsequenzen aufzeigen und dient den Entscheidern, konkrete Ziele, Projekte und deren Rahmen festzulegen.
- **Community.** Im Internet handelt es sich bei einer Community um eine virtuelle Gemeinschaft von Internet-Usern. Die Mitglieder einer Community haben in der Regel

gleiche Interessengebiete, kommunizieren über das Internet und bringen ihr Wissen in die Community ein. Die Kommunikation erfolgt über Newsgroups, Chats, Diskussionsforen, Mailinglisten, Weblogs oder Vlogs. Communities sind eines der charakteristischen Merkmale von Web 2.0.

gez.
Haimo Liebich
Stadtrat
gez.
Robert Brannekämmer
Hoffmann
Stadtrat

gez.
Irene Schmitt
Stadträtin
gez.
Tobias Weiß
Stadtrat

gez.
Dr. Florian Roth
Stadtrat
gez.
Prof. Dr. Jörg
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Dr. Georg Kronawitter
Stadträtin Dr. Evelyne Menges

ANTRAG
13.03.14

eGovernment konkret: Internet-Terminals in hochfrequentierten Wartebereichen von LHM-Ämtern

Der Stadtrat möge beschließen:

In den Wartebereichen hochfrequentierter städtischer Dienststellen (insbesondere Bürgerbüros, Kfz-Zulassungsstelle, Sozialbürgerhäuser) werden Terminals für den freien Internet-Zugang eingerichtet. Hierbei sollten vorzugsweise nicht mehr benötigte, aber als Internet-Terminals taugliche Gebraucht-PCs der Stadtverwaltung zum Einsatz kommen, gerne auch auf LIMUX-Basis.

Begründung:

Wie in einer aktuellen Beschlussvorlage aus Anlass eines FDP-Antrages ausgeführt wird, soll in den Wartebereichen hochfrequentierter städtischer Dienststellen mittelfristig freies WLAN eingeführt werden. Angesichts des Trends zum Ausbau von eGovernment-Angeboten der LHM ein konsequenter Schritt. Die Stadt geht dabei aber nicht davon aus, dass sie das kostenneutral leisten kann.

Diese wäre bei unserem Vorschlag anders, wenn man städtische Gebraucht-PCs funktionell recycelt. Zudem würden dadurch auch Münchner Bürger/-innen bedient werden, die aus was für Gründen auch immer kein WLAN-fähiges Mobilgerät einsetzen.

Auch Haftungsprobleme wegen illegaler Downloads dürften bei unserem Ansatz so gut wie ausgeschlossen sein, da man an diesen Terminals nichts abspeichern kann.

Dass unser Vorschlag zeitgemäß ist, zeigt auch das Beispiel des Flughafens München Franz-Josef Strauß, der seit drei Jahren kostenlose Internet-Terminals in den Wartebereichen vor den Flugsteigen aufgestellt hat.

Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

Dr. Evelyne Menges, Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 22.03.2013

Antrag

Bürgerbeteiligung zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur: Probleme per Smartphone - App melden (Fixmystreet für München)

Die Stadtverwaltung entwickelt möglichst gemeinsam mit der IT-Community eine Web- und Smartphone-Anwendung, mit der Mängel in der kommunalen Infrastruktur an die Stadtverwaltung gemeldet werden können. Vorbild hierbei könnten sein Fixmystreet (Großbritannien) oder Maerker (Brandenburg).

Begründung:

Schon seit einigen Jahren ist es möglich, nach dem Motto „Bei Anruf Licht!“¹ über ein Servicetelefon defekte Straßenleuchten beim Baureferat zu melden. Eine Störung wird dann in der Regel innerhalb von drei Werktagen behoben.

Inzwischen gibt es hierzu auch ein Online-Formular².

Sinnvoll wäre es, dies Angebot qualitativ (durch Entwicklung einer Smartphone-App) als auch quantitativ (durch Einbeziehung weiterer Themen der kommunalen Infrastruktur) zu erweitern.

Vorbild hierbei könnte die in Großbritannien entwickelte Online- und Smartphone-Anwendung Fixmystreet³ sein. Dies ist eine Smartphone-App, mit der z.B. Schlaglöcher, unzureichende oder beschädigte Mülleimer, kaputte Straßenbeleuchtung, Gefahrenstellen bei Radwegen (z.B. bei unzureichendem Winterdienst) gemeldet werden können. Der Ort des Schadens wird lokalisiert und es kann auch ein Foto hochgeladen werden. Neben der Smartphone-App wird auch ein Online-Formular angeboten.

In einigen Städten Deutschlands wurde dies britische Vorbild in angepasster Form übernommen.

Beim Maerker Brandenburg z.B. machen inzwischen 51 Kommunen (u.a. Potsdam) mit. Bisher wurden 13.665 (Stand: 17.03.2013) gemeldet.⁴

¹ <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/baureferat/bei-anruf-licht.html>

² https://ssl2.muenchen.de/process.php?path=bau/bau_licht//bau_licht

³ <http://www.fixmystreet.com/> und <http://www.e-demokratie.org/definition/fixmystreet/>

⁴ <http://maerker.brandenburg.de/brandenburg>

Andere Beispiele sind Unortkataster⁵ (Köln), HalloHier! ⁶(Hamburg) und SeeClickFix⁷ (USA).

Beim Online-Bürgerbeteiligungsverfahren zum Digitalen München "Mogdy" (Munich Open Government Day) erreichte der Vorschlag „Fixmystreet für München“⁸ die höchste Zustimmungsrate.

Durch ein solches Projekt auch für München könnte:

- die Bürgerbeteiligung gestärkt,
- die Kooperation zwischen Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung intensiviert,
- die kommunale Infrastruktur verbessert,
- die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger gesteigert
- und die Arbeitsbelastung für VerwaltungsmitarbeiterInnen, die bisher selber den öffentlichen Raum in Augenschein nehmen mussten , vermindert werden.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth

Fraktionsvorsitzender

⁵ <http://www.unortkataster.de/>

⁶ <http://www.hallohier.de/>

⁷ <http://de.seeclickfix.com/>

⁸ [https://mogdy.adhocracy.de/proposal/1637-Fixmystreet f%C3%BCr M%C3%BCnchen](https://mogdy.adhocracy.de/proposal/1637-Fixmystreet_f%C3%BCr_M%C3%BCnchen)

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus



**Beschluss des Verwaltung und Personalausschusses
vom 25.09.2013**

TOP 3: Online-Anliegenmanagement für kommunale Infrastruktur

Änderungsantrag

Punkte 1-2	Wie Punkte 1-2 des Referentenantrages
Punkt 3 neu	Dem Vorgehensmodell zur Umsetzung wird zugestimmt (vgl. Kapitel 2.2). Dies umfasst insbesondere die Pilotierung des Anwendungsfalls „Bei Anruf Licht“ (vgl. Kapitel 3) sowie die Schritte zur Integration in den E-Government-Planungsprozess, die Behandlung im Rahmen der Vorhabensplanung sowie eine Folgebeschlussfassung im Rahmen der Stufe 2 zur E-Government-Strategie und -Roadmap (vgl. Kapitel 4). Das Direktorium wird gebeten zu prüfen, in wie weit neben der mobilen Anwendung für „Bei Anruf Licht“ auch schon im Jahr 2014 mindestens eine weitere Umsetzung realisiert werden kann, und das Ergebnis der Prüfung innerhalb eines halben Jahres dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.
Punkte 1-2	Wie Punkte 1-2 des Referentenantrages

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen – rosa liste

Dr. Florian Roth
Stadtrat

Dr. Florian Vogel
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid
Stadtrat Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat Vinzenz Zöttl

ANTRAG
18.11.13

Ja zum Münchner Bürgerportal – aber bitte mit perfekter Bezahlungsfunktion

Der Stadtrat möge beschließen:

Bei der Weiterentwicklung des kürzlich vorgestellten elektronischen Münchner Bürger-Portals /1/ wird dem Stadtrat ein mit der Stadtkämmerei, der Stadtsparkasse, den städt. Wohnbaugesellschaften, der IHK und der HWK abgestimmtes tragfähiges Konzept vorgelegt, wie die künftige elektronische Bezahlungsfunktion wirklich kunden-, bürger- und lebenslagen-gerecht ausgestaltet werden kann – und die SEPA-Anforderungen erfüllen.

Hierbei ist insbesondere die Möglichkeit zu schaffen, dass ein Kunde mehrere Bezahlkonten auswählen kann. Es muss z. B. einer Wohnungsgesellschaft/Hausverwaltung möglich sein, für jedes Immobilienobjekt ein eigenes Hauskonto für die Bezahlungsfunktion herzunehmen. Oder einem Betrieb mit mehreren Filialstandorten in vergleichbarer Weise die Heranziehung des jeweiligen Bankkontos bei der Begleichung städtischer Forderungen ermöglichen.

Begründung:

Die CSU begrüßt den Münchner Weg zu einem elektronischen Bürgerportal /1/. Erfreulicherweise hat die Stadt das Rad nicht ein weiteres Mal neu erfunden, sondern stützt sich auf ein mehrhundertfach bewährtes Grundportal der *Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern* (AKDB, www.akdb.de).

In diesem Portal ist auch eine Bezahlungsfunktion vorgesehen, die auf der Basis von PayBL epayment realisiert wird. „ePayBL (E-Payment Bund-Länder) ist eine *Software*, die von öffentlichen Verwaltungen zur Vereinnahmung von Online-Zahlungen benutzt wird.“/2/

Es ist im jetzigen Stadium noch nicht klar, welche Anforderungen diese Bezahlungsfunktion erfüllen wird. Dieser Antrag soll dazu beitragen, dass frühzeitig eine möglichst alle Fälle abdeckende Ausgestaltung zur Verfügung gestellt wird.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Vinzenz Zöttl
Stadtrat

Quelle:

/1/ <https://www.buergerserviceportal.de/bayern/muenchen>

/2/ <http://de.wikipedia.org/wiki/EPayBL>